



Hochwasser im Sommer 2013: Erste Bewährungsprobe für die neue Abteilung Einsatz-, Krisen- und Katastrophenkoordination.

# Steuerung und Koordinierung

Mit 1. Juni 2013 wurden die Krisen- und Katastrophenschutzmaterien im Innenministerium in der neuen Abteilung II/13 gebündelt.

Mit der neuen Geschäftseinteilung vom 1. Juni 2013 wurden unter anderem die Abteilung II/4 und das Einsatz- und Krisenkoordinationscenter (EKC) zur neuen Abteilung II/13 (Einsatz-, Krisen- und Katastrophenkoordination) zusammengelegt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neuen Abteilung standen in den ersten Tagen nach der Neuorganisation vor einer Bewährungsprobe – Hochwasser in weiten Teilen Österreichs.

Am 31. Mai 2013 war es zu lokalen Überflutungen in Niederösterreich gekommen und bald zeichnete sich ab, dass es in den Tagen darauf Niederschläge in weiten Teilen Österreichs geben werde. Die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, mit der die Abteilung II/13 eng vernetzt, warnte vor weiteren Unwettern. In der Nacht auf Samstag traten infolge extremer Niederschläge in Tirol und Vorarlberg größere Schäden auf. Am Sonntag wurde erkennbar, dass das Ereignis an das Hochwasser von 2002 heranrei-

chen könnte. Am selben Tag wurde im BMI das Lagezentrum eingerichtet. Am selben Tag fand die erste Lagebesprechung des interministeriellen Koordinationsstabs im BMI statt. In den folgenden Tagen wurden die maßgeblichen Akteure zur Verfügung gestellt, um die Reaktionsfähigkeit auf Bundesebene sicherzustellen.

**Einen Schwerpunkt** bildete die grenzüberschreitende Kooperation. Aufgrund der Ausdehnung des Ereignisses auf mehrere europäische Staaten war es erforderlich, der Europäischen Kommission ein tägliches Update zu übermitteln. Anfragen hinsichtlich grenzüberschreitender Hilfe kamen aus Bayern und Ungarn. Im EKC wurden mit den Einsatzorganisationen Unterstützungsmöglichkeiten geprüft und für den Fall eines Hilfeersuchens vorbereitet.

Am Montag wurde erkennbar, dass die Schäden aufgrund des Hochwassers eine Dimension erreichen würden, bei der auch finanzielle Hilfe der Europäischen Union nötig sein würden. Innen-

ministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner, Umweltminister DI Nikolaus Berlakovich und Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger kündigten an, mit den betroffenen Nachbarstaaten Tschechien und Deutschland einen Antrag auf Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union einzubringen.

Der EU-Solidaritätsfonds ist ein Finanzierungsinstrument, das nach dem Hochwasser vom August 2002 eingerichtet wurde. Bei Katastrophen werden daraus Beihilfen an Mitgliedstaaten bezahlt. Die Abteilung II/13 ist die nationale Koordinationsstelle für die Abwicklung der Beihilfen.

Für den Antrag auf eine Beihilfe aus dem Fonds waren die Hochwasserschäden innerhalb von zehn Wochen zu ermitteln. Österreich erhielt eine Beihilfe von knapp 22 Millionen Euro. Nach Einlangen der Beihilfe und nach Abschluss der damit finanzierten Wiederherstellungsmaßnahmen war die Finanzgebarung zu kontrollieren und ein Abschlussbericht an die Kommission zu erstellen.



**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung II/13 (Einsatz-, Krisen- und Katastrophenkoordination).**

Zu den Aufgaben der Abteilung gehörte auch die Koordination bei der Erstellung eines Vortrags an den Ministerrat. Der Bericht enthielt die wesentlichen Maßnahmen der Ministerien und die Konsequenzen daraus. Nach der Katastrophe bereiteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung II/13 den „Hochwassergipfel“ von Innenministerin Mikl-Leiter und Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit Blaulichtorganisationen vor. Dabei ging es um allgemeine Fragen des Katastrophenschutzes, wie die Entgeltfortzahlung für Ehrenamtliche bei längeren Einsätzen.

**Vielfältige Aufgaben.** Die Hochwasserkatastrophe vom Juni 2013 zeigt, wie die Aufgaben im staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement zwischen den Verwaltungs- und Führungsebenen verteilt sind. Gemäß Bundesministeriengesetz ist das BMI für die Koordination im staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement und in der internationalen Katastrophenhilfe zuständig.

Im Katastrophenmanagement werden die taktische, die operative und die strategische Führungsebene unterschieden. Die Bundesverfassung verteilt diese Aufgaben quer über alle Verwaltungsebenen. Die taktische Ebene obliegt den Katastrophenhilfsdiensten und den Katastrophenschutzbehörden erster Instanz (Bürgermeister und Bezirksverwaltungsbehörde). Die operative Ebene stellen die Landeseinsatzlei-

tungen dar, die vor allem die Koordination der Einsatzführung zwischen den Bezirken wahrnehmen und den landesweiten Mitteleinsatz steuern, etwa den Einsatz von Katastrophenzügen der Feuerwehren. Auch die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird auf Ebene der Länder wahrgenommen.


Die oberste strategische Ebene bildet das „Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement“ (SKKM). Die Aufgaben werden auf dieser Ebene zwar auch durch die Akteure im jeweiligen Verantwortungsbereich wahrgenommen, aber von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung II/13 koordiniert. Die Abteilung ist eine strategisch wichtige Schnittstelle zwischen Bundes- und Landesverwaltung, Behörden und Einsatzorganisationen und der nationalen und europäischen bzw. internationalen Ebene des Katastrophenmanagements.

**Bundesweites Lagebild.** Strategische Aufgaben beginnen mit der Führung eines bundesweiten Lagebildes. Dies ist wichtig, weil trotz der überwiegenden Zuständigkeit der Länder jede Katastrophe auch Bundeszuständigkeiten berührt oder berühren kann, so dass in jeder Situation ein Gesamtüberblick über die Schadenslage und das Einsatzgeschehen erforderlich ist, um jederzeit rasch reagieren zu können.

Zu den Aufgaben der Abteilung II/13 gehört es, die beteiligten Bundesministerien, wie BMEIA, BKA,

BMLFUW, BMASK laufend zu informieren. Auch eine zentrale Ansprechstelle ist für die internationale Zusammenarbeit und den grenzüberschreitenden Informationsaustausch erforderlich. Im Fall des Hochwassers kam es zu internationalen Hilfsangeboten und Anfragen um Unterstützungsmöglichkeiten. Zwischen Salzburg und Bayern wurde grenzüberschreitende Hilfe durch Feuerwehren und Rotes Kreuz geleistet. Eine weitere wesentliche Aufgabe sind Auskünfte an die Öffentlichkeit bei bestimmten Szenarien, wie beim Kernkraftwerksunfall von Fukushima. Dafür steht das Callcenter im EKC zur Verfügung. Auch die laufende Information an die politische Ebene bis hin zu Vorbereitung von Vorträgen an den Ministerrat sind Aufgaben der Abteilung.

**Abteilung mit drei Referaten.** Leiter der Abteilung II/13 ist Mag. Robert Stocker. Gemäß Geschäftseinteilung ist sie die „Informations-, Kommunikations- und Koordinationsplattform der Zentralstelle einschließlich des staatlichen Katastrophen- und Krisenmanagements“, sie leistet bei Sonderlagen vorbereitende Stabsarbeit und Führungsunterstützung. Darüber hinaus koordiniert sie die österreichischen Beiträge zur internationalen Katastrophenhilfe. In den letzten zehn Jahren hat sich Österreich über 60-mal an solchen Maßnahmen beteiligt, meist im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens der EU. In der Abteilung sind drei Referate eingerichtet.



**Das Referat für nationale Angelegenheiten** des SKKM wird von Mag. Siegfried Jachs geleitet. Es beschäftigt sich hauptsächlich mit der Koordination der Notfallplanung zwischen Ministerien bzw. zwischen Bund und Ländern. Weitere Arbeitsschwerpunkte liegen derzeit in der Führungsausbildung im SKKM, in der Risikoanalyse, in der europäischen und internationalen Normung sowie in der Mitwirkung an nationalen und europäischen Forschungsprojekten.

**Das Referat für internationale Angelegenheiten** unter der Leitung von Mag. Karin Zettelmann vertritt Österreich in europäischen und internationalen Foren des Krisen- und Katastrophenmanagements. Den Schwerpunkt der laufenden Arbeiten bilden derzeit der neue EU-Rechtsakt für den Katastrophenschutz und die Durchführungsrechtsakte. Die Abteilung II/13 koordiniert darüber hinaus den internationalen Expertenaustausch und die Beteiligung von österreichischen Einheiten an internationalen Übungen in der EU und der Nato/PfP.

**Das Referat Einsatz- und Koordinationscenter (EKC)**, geleitet von Oberst Wolfgang Nicham, BA, MA, leistet in Katastrophen und Sonderlagen die vorbereitende Stabsarbeit und Führungsunterstützung im BMI. In diesem Referat befinden sich Journal- und Permannenzdienste, das Lagezentrum, das Callcenter, der Guest-Desk und das Medienzentrum.

Das EKC ist darüber hinaus der österreichische 24-Stunden-Kontaktpunkt für die bilaterale, europäische und internationale Zusammenarbeit, die in Staatsverträgen, internationalen Konventionen und europäischen Rechtsakten niedergelegt ist.

Das EKC ist mit den Kontaktstellen in den Bundesministerien und Einsatzorganisationen, den Landeswarnzentralen und internationalen Kontaktstellen vernetzt. Im EKC laufen Kommunikations- und Warnsysteme zusammen, wie das Strahlenfrühwarnsystem, das Donau-Warn- und Alarmsystem und das Notfallkommunikationssystem der EU (CECIS). Es ist somit der nationale und internationale Dreh- und Angelpunkt im SKKM und sowohl für Erstmaßnahmen wie auch für eine geordnete Stabsarbeit bei größeren Ereignissen verantwortlich. *S. J.*